



Kriegs- und Gewaltökonomien

Unter dem Begriff Gewaltökonomie werden bewaffnete Konflikte verstanden, die dadurch gekennzeichnet sind, dass wirtschaftliche Interessen einen prägenden Einfluss auf das Handeln der Akteure haben.¹ Die Kontrolle von Ressourcen ist ein wesentliches Kriegsziel und ein kriegsverlängernder Faktor. Zur Kriegsökonomie gehören all jene Wirtschaftsaktivitäten, die in Kriegssituationen von den an der Gewaltausübung beteiligten Gruppen bzw. ihren Führungseliten ausgeübt werden und die zur Finanzierung von Kampfhandlungen beitragen.²

Die Begriffe dienen als Erklärungsmuster für scheinbar irrational und unverständlich gewordene Gewaltentwicklungen meist innerstaatlicher Konflikte ab dem Ende der 1990 Jahre (Ex-Jugoslawien, Ruanda, Somalia), wobei vor allem die Frage nach der materiellen Basis der Konfliktparteien und ihren wirtschaftlichen Interessen im Vordergrund steht. Ein Erklärungsansatz ist die Abwesenheit oder Schwäche des Staates als regulierende und ordnende Instanz, welche häufig zur Stärkung zentrifugaler politischer Tendenzen führt und die Schaffung autonomer Zentren begünstigt, in denen aufständische Kräfte Parallelökonomien organisieren können.

Die materielle Basis der politischen, militärischen oder kriminellen Akteure wird dabei durch wirtschaftliche Praktiken in weltweit existierenden Grau- und Schattenzonen genährt. Das breite und variable Instrumentarium umfasst Methoden, die von einfachen kriminellen Handlungen bis hin zu organisierter Kriminalität reichen. Zu den Finanzierungsquellen zählen Drogenanbau und -handel, Diamanten- und Goldschmuggel, Raubbau und Export von Edelhölzern, Waffen- und Menschenhandel, die Erpressung ausländischer Hilfsorganisationen wie auch von Flüchtlingen und Emigranten in ihren Gastländern, die Einforderung von Schutzgeldern und Zwangsabgaben der zivilen Bevölkerung, sowie Entführungen mit anschließender Lösegelderpressung. Die angeeigneten Gelder und Mittel werden meist für den Kauf von Waffen und Munition, die Rekrutierung und Besoldung der Kämpfer, die Unterhaltung von Auslandskontakten und die Verwaltung von Territorien benötigt.

Im Falle Kolumbiens verfolgen z.B. FARC und AUC ähnliche Strategien zur Mobilisierung von Ressourcen. Beide Organisationen kontrollieren Regionen, in denen sie Steuern und Schutzgelder einziehen, eigene Ordnungs- und Strafsysteme etabliert haben und im Gegenzug Dienstleistungen wie Bildung, medizinische Versorgung oder die Vergabe von Krediten anbieten. Die gesellschaftliche Organisation innerhalb dieser Zonen basiert hauptsächlich auf Zwang und der Androhung von Gewalt. Seit Mitte der 1980er Jahre bilden die Besteuerung des Kokainhandels und Entführungen mit Lösegelderpressungen die Haupteinnahmequellen der FARC. Die paramilitärischen Gruppierungen (AUC) finanzieren sich größtenteils durch Drogengeschäfte und in geringerem Maße durch Lösegelder. Die ELN distanziert sich dagegen weitgehend von der Drogenökonomie und bezieht ihre Einnahmen durch Lösegelder aus Entführungen und die Erpressung von ausländischen Ölgesellschaften.

Quelle: Jäger, T. et al.: Die Tragödie Kolumbiens. Staatszerfall, Gewaltmärkte und Drogenökonomie. Wiesbaden 2007. S. 62ff.

1 Glossar der GTZ. S. unter: <http://www.gtz.de/de/themen/wirtschaft-beschaeftigung/privatwirtschaft/3572.htm>

2 Definition des Overseas Development Institutes (2002).